E: 12.04.2023
18/6057

RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

12. April 2023

Kleine Anfrage des Abgeordneten Carl-Bernhard von Heusinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
betr. „Demokratie und Polizei“
- Drucksache 18/5853 -

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4:

Die politische Bildung ist ein zentraler Bestandteil der polizeilichen Erstausbildung im Rahmen des Bachelorstudienganges und findet sich auch nach dem Studium in zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen wieder.

An der Hochschule der Polizei (HdP) erfolgt die Vermittlung von Aspekten der politischen Bildung schwerpunktmäßig durch die Fachgebiete Staats- und Verfassungsrecht, Recht des öffentlichen Dienstes, Politikwissenschaft sowie Sozialwissenschaften. Zudem ist an der HdP seit 2018 ein Politikwissenschaftler beschäftigt, der die Aktivitäten in diesem Bereich bündelt.

Aspekte der politischen Bildung sind integraler Bestandteil der polizeilichen Ausbildung und finden sich daher in nahezu allen Modulen des Bachelorstudienganges wieder. Exemplarisch umfasst das Curriculum des Bachelorstudienganges nachfolgende verpflichtende Inhalte:

Modul 1 – Grundlagen für Studium und Polizeidienst

- Werteordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz
- Ethische Aspekte polizeilichen Handelns

Modul 2 – Die Polizei im demokratischen Rechtsstaat

- Die Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz

Modul 10/11 – Besondere Kooperationsfelder polizeilicher Arbeit, Internationalität, Interkulturalität/Ausgewählte Zeitlagen

- Die Europäische Union und Aspekte der europäischen Innen- und Rechtspolitik
- Polizeiliches Handeln im Kontext sozialer und interkultureller Bedingungen und Entwicklungen
- Polizeiliche Aufgabenwahrnehmung im Rahmen pluralistischer Erscheinungsformen/gesellschaftliche Entwicklungen im Bereich der Inneren Sicherheit und Instrumente der wehrhaften Demokratie
- Pflicht zur Verfassungstreue
- Versammlungsrecht

Im Rahmen thematischer Schwerpunkttage werden darüber hinaus die Themenfelder Rassismus (Modul 1), Polizei im NS-Staat (Modul 2), Datenschutz (Modul 2), jüdisches Leben in Deutschland und Polizei (Modul 4) sowie zur politisch motivierten Kriminalität (Module 10/11) vertiefend behandelt.

Zudem werden regelmäßig auch Bachelorthesen zu politischen Themen verfasst, deren Ergebnisse mitunter in die Ausbildungsinhalte einfließen.

Auch in der allgemeinen polizeilichen Fortbildung existieren im thematischen Kontext zahlreiche Seminare. Diese befassen sich unter anderem mit der politischen Treuepflicht der Polizei, Extremismus/politisch motivierte Kriminalität sowie der interkulturellen Kompetenz.

Zu den Fragen 2, 3 und 5:

Die HdP kooperiert mit einer Vielzahl öffentlicher wie privater Organisationen im Zusammenhang mit politischer Bildung.

Bereits seit mehreren Jahren ist die HdP ständiges Mitglied im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Dieser Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern ziviler sowie staatlicher Institutionen tagt mehrfach im Jahr und tauscht sich zu unterschiedlichen Themenkomplexen im Kontext des Rechtsextremismus aus. Organisatorisch ist das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz Teil des Demokratiezentrums Rheinland-Pfalz.

Im Rahmen dieser Mitgliedschaft konnten auch weitere Kooperationen etabliert werden. Wie zu Frage 1 ausgeführt, findet in jedem Bachelorstudiengang ein Thementag „Politisch motivierte Kriminalität“ statt, in dem u. a. externe Vertreter der Ausstiegsberatung „(R)Auswege“ sowie der Distanzierungsberatung „Rückwege“ den Studierenden ihre Tätigkeitsbereiche anhand praktischer Beispiele vermitteln.

Weiterhin besteht eine Kooperation mit den Gedenkstätten Osthofen und Hinzert. Die genannten Gedenkstätten unterstützen die HdP in diesem Rahmen regelmäßig mit einem Workshop bei der Durchführung des Hochschulgesprächstags „Befehl ist Befehl? – Die Rolle der Polizei im NS-Staat“. Zudem besuchen Studierende der HdP gemeinsam mit Studierenden der Polizeiakademie Luxemburg regelmäßig die Gedenkstätte Hinzert, um sich über die dort verübten Verbrechen zu informieren.

Derzeit finden Abstimmungen u. a. mit der Bundeszentrale für politische Bildung, mit dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung sowie „m*power“ mit dem Ziel statt, neue Lernformate zu entwickeln und weitere Aspekte der politischen Bildung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung zu etablieren.

Zu Frage 6:

Demokratieförderung und politische Bildung stellen bereits jetzt einen wesentlichen inhaltlichen Aspekt der polizeilichen Aus- und Fortbildung dar. Unter Verweis auf die vorherigen Antworten ist die Polizei Rheinland-Pfalz stets daran interessiert, auch die externe Expertise staatlicher wie privater Institutionen in die inhaltliche Vermittlung einfließen zu lassen und das Lernangebot kontinuierlich zu verbessern und zu erweitern.

In Vertretung

Nicole Steingaß
Staatssekretärin